

Europäische Sicherheitsstrategien

Deutschland und Polen

Krzysztof Malinowski

Deutschland und Polen bedürfen eines erneuerten strategischen Kontextes für ihre partnerschaftlichen Beziehungen. Die unterschiedlichen Haltungen zu Militäreinsätzen sind durch historische Erfahrungen bestimmt. Falls die schwarz-rote Koalition für Deutschland wieder die Rolle des euro-atlantischen Vermittlers übernimmt, wird sich das positiv auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirken.

Polen, Europäische Union, Sicherheitspolitik

Germany and Poland need a new strategic context for their partnership. Their approaches towards the use of force are determined by different historical experiences. If the „black-red coalition“ in Germany again plays a role as a transatlantic mediator, it will push the Polish-German relations in the right direction.

Poland, European Union, Security Policy



Dr. Krzysztof Malinowski, geb. 1964, Politikwissenschaftler am Instytut Zachodni (West-Institut) in Poznań; Forschungsthemen: deutsch-polnische Beziehungen, Sicherheitspolitik.

Publikationen: Kultur der nationalen Sicherheit in Polen und Deutschland, Poznań 2003 (als Hrsg.); Zivilmacht Deutschland und die Frage der Gewaltanwendung, in: Buras/Bachmann (Hrsg.): Zivilmacht Deutschland, Wrocław 2006.

E-Mail: malinowski@iz.poznan.pl

Internationale Krisen und Konflikte werden immer wieder zum Prüfstein des transatlantischen Verbundes. Wie gravierend sich unterschiedliche Einschätzungen solcher internationaler Entwicklungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirken können, zeigte vor kurzem die Irak-Krise. Diese reflektierte unterschiedliche sicherheitspolitische Interessenlagen beider Partner. Solche Differenzen sollten in Zukunft positive Entwicklungen auf bilateraler Ebene (etwa Erfolge des gesellschaftlichen Austausches oder bei der Überwindung der immer noch belastenden historischen Fragen) nicht mehr überschatten. Die Perspektiven der Zusammenarbeit könnten nicht nur im Hinblick auf spektakuläre europapolitische Themen (wie den EU-Haushalt) oder die Dekontextualisierung historischer Verantwortungen getestet werden, sondern die analytische Agenda sollte auch jenen breiteren sicherheitspolitischen Zusammenhang umfassen. Drei Aspekte dieses Zusammenhangs scheinen für beide Partner – mehr oder weniger – handlungsrelevant zu sein: a) die Anwendung militärischer Gewalt; b) die transatlantischen Beziehungen; c) die Beteiligung in der europäischen Sicherheitspolitik.

Die Haltung zur Anwendung militärischer Gewalt

Zweifellos sind für die unterschiedlichen Reaktionen und Stellungnahmen in der Irak-Krise tief verwurzelte Faktoren verantwortlich, die auf die verschiedenen Sicherheitskulturen in Polen und Deutschland zurückzuführen sind. Diese Kulturen könnten zu abweichenden Einschätzungen internationaler Risiken führen und dementsprechend die Beteiligung beider Partner am Krisenmanagement beeinflussen. Die unterschiedliche Einstellung der Polen und Deutschen zu Militäreinsätzen ist ein zentrales Vergleichsmoment und gleichzeitig ein entscheidender Aspekt der sich verändernden polnischen und deutschen Sicherheitspolitik.¹

Die Haltungen Deutschlands und Polens in dieser Frage sind durch historische Erfahrungen determiniert. Beide sicherheitspolitischen Kulturen sind weitgehend unterschiedlich. Aufgrund von traumatischen Erfahrungen mit Aggressionen seitens der Nachbarn konzentriert sich die polnische sicherheitspolitische Kultur im Wesentlichen auf äußere Bedrohungen und auf mögliche Wege, diesen vorzubeugen. Die Tatsache, dass Polen oftmals Bedrohungen ausgesetzt war, erklärt, warum sich ein originäres und positives Verständnis der Anwendung militärischer Gewalt herausgebildet hat. Dagegen hat das Sicherheitsverständnis in der Bundesrepublik Deutschland

¹ Vgl. Malinowski, Krzysztof: Die polnische und deutsche Sicherheitskultur und ihre Wandlungen, in: Wolff-Powęska, Anna/Bingen, Dieter (Hrsg.) 2005: Die Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998–2004, Wiesbaden, Harrasowitz.

innere Ursachen, ausgehend von den historischen Erfahrungen der Verantwortung Deutschlands für die Bedrohung seiner Nachbarn. Dies impliziert eine ablehnende Haltung gegen Gewaltanwendung („Kultur der Zurückhaltung“), den Grundsatz einer engen Zusammenarbeit mit westlichen Bündnispartnern („Westbindung“) und den Imperativ „Nie wieder Alleingang“. Mit anderen Worten resultiert der deutsche sicherheitspolitische Diskurs eben aus den Bedrohungen, die einst aus der Anwendung der eigenen Militärmacht erwachsen.

So wichtig die Frage der Militäreinsätze für die deutsche sicherheitspolitische Kultur ist, so wenig spielt sie für Polen bislang eine größere Rolle. In den 1990er Jahren war diese kein zentrales Thema im politischen Diskurs über die nationale Sicherheit. Im Falle Polens haben wir es ebenfalls mit einer spezifischen sicherheitspolitischen Kultur zu tun, die sich auf das Verhalten des Staates in Form langfristig wirkender Strukturen auswirkt, die seine Handlungsrichtlinien in internationalen Beziehungen stimuliert und gleichzeitig limitiert. Zwar wurde der Keim der sicherheitspolitischen Kultur wesentlich früher gelegt, doch die prägende Phase waren die tragischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges. Sie entwickelte sich danach im polnischen Exil im Westen weiter und übte einen wichtigen Einfluss auf die Ausgestaltung der polnischen unabhängigen Außenpolitik nach 1989 aus.

In der III. Republik sind die meisten ehemaligen Systemgegner weit davon entfernt, die Position Polens aufgrund schematischer historischer Assoziationen zu interpretieren und daraus anachronistische Schlüsse abzuleiten, die den wechselhaften Charakter der internationalen Beziehungen nicht berücksichtigen. Die historischen Erfahrungen und die Lektionen der Geschichte werden nicht als unumkehrbares Faktum gesehen, sondern eher als Inspiration, „den Fluch der Geopolitik“ durch eine klare Rückwendung der polnischen Außenpolitik zum Westen hin zu überwinden. Die Idee der Mitgliedschaft Polens in NATO und EU ist offenkundig eine Funktion dieser außenpolitischen Wende.

Die entsprechenden Handlungsmaximen konzentrieren sich darauf, wie die geopolitisch instabile Lage Polens (und anderer mitteleuropäischer Länder) gestärkt werden könnte. Sie lassen deutlich erkennen, dass Polens strategisches Hauptinteresse darin besteht, in Europa ein Kräfteverhältnis zu verhindern, welches – infolge einer Lockerung der euroatlantischen Verbindungen oder der Europäischen Integration – beim Westen zum Desinteresse an Polen und der ganzen Region führen könnte. Eine solche Entwicklung könnte anschließend mit westlicher Zustimmung zu einem dominierenden Einfluss Russlands auf Polen bzw. zur Marginalisierung Polens und Zentraleuropas insgesamt führen.

Die handlungsrelevanten Richtlinien beider Kulturen treten unterschiedlich zu Tage. Bisläng schränkte die sicherheitspolitische Kultur in Deutsch-

land die Bereitschaft seiner Politiker zu einseitigem Handeln ein und förderte Kontinuität und Stabilität, insbesondere nachdem die früheren Einschränkungen aus der Zeit des Kalten Krieges verschwunden waren. Im Falle Polens kann die besondere Art der Einschätzung seiner Lage gemäß dem geopolitisch konstruierten Multilateralismus-Grundsatz konstatiert werden.

Die Frage entsteht, ob die Einstellung zum Gebrauch militärischer Gewalt tatsächlich beide Partner so sehr trennt, angesichts einer Ära immer häufiger auftretender internationaler Militäreinsätze, die internationalen Krisen vorbeugen oder unter Kontrolle halten sollen.

Beide Länder nahmen im Falle des Irak-Krieges verschiedene Standpunkte ein, während die Motive ihrer Zustimmung zu den Interventionen im Kosovo und in Afghanistan noch sehr ähnlich und durch die sicherheitspolitische Kultur bedingt waren (humanitäre Gründe, Bündnisloyalität). Hatte der NATO-Einsatz gegen Jugoslawien noch Anzeichen von Legalität und der US-Einsatz in Afghanistan das Mandat der Vereinten Nationen, so fehlte nach deutscher Überzeugung dem Krieg gegen den Irak jegliche völkerrechtliche Grundlage. Polen erkannte zwar die Argumente der USA und Großbritanniens an, aber für seine Beteiligung am Krieg waren genuine sicherheitskulturelle Motive relevant.

In Deutschland bildete sich im Laufe der politischen Debatten über out-of-area-Einsätze ein charakteristischer Konsens heraus. Dieser spiegelt unterschiedliche Präferenzen wider, die illustrierten, wie komplex die deutsche Interessenkonstruktion in Bezug auf die Rolle militärischer Gewalt ist. Es sind vor allem die SPD und die Grünen, die humanitäre Aspekte der Gewaltanwendung anführen, während Vertreter von CDU/CSU bevorzugt die Bündnisloyalität als entscheidendes Motiv für ein Engagement der Bundeswehr nennen. Einen Konsens gibt es im politischen Establishment Deutschlands über die Teilnahme der Bundeswehr an typischen Stabilisierungseinsätzen wie auf dem Balkan. Hingegen ist ein Konsens im Fall von Kampfeinsätzen zwar erreichbar, wie die Beispiele Kosovo und Afghanistan beweisen, doch zugleich instabil und problembeladen.²

In Polen gibt es einen relativ breiten Konsens aller wichtigen politischen Gruppierungen über ein militärisches Engagement in Auslandseinsätzen. Seine Beteiligung an solchen Einsätzen folgt dem Grundsatz der Bündnisloyalität. Dieser Grundsatz, der in Verbindung mit historischen Argumen-

² Varwick, Johannes: Kultura strategiczna i zmiany w polityce bezpieczeństwa Niemiec (wojna o Kosowo, zwalczanie terroryzmu, kryzys iracki) [Strategische Kultur und Wandlungen in der Sicherheitspolitik Deutschlands (Kosovo-Krieg, Bekämpfung des Terrorismus, Irakkrise)], in: Malinowski, Krzysztof (Hrsg.) 2003: Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech [Kultur der nationalen Sicherheit in Polen und Deutschland], Poznań.

ten als Investition in die eigene Sicherheit gesehen wird, verstärkt recht erfolgreich den Konsens über eine Teilnahme an Kampfeinsätzen. Das Bündnismotiv spielt die wichtigste Rolle und ist geradezu eine Leitlinie für politische Entscheidungen.

Im Vorfeld der Irakkrise wandelte sich in Deutschland das Verhältnis zur Rolle militärischer Aspekte ein weiteres Mal. Die Erfahrungen mit dem Kosovo und mit Afghanistan veranlassten den Kanzler zur Proklamation der „Enttabuisierung des Militärischen“ (Juni 2002). Diese Interpretation ging davon aus, dass der historische Faktor, dessen Sublimierung die Tradition der militärischen „Zurückhaltung“ gewesen war, den Handlungsspielraum Deutschlands nicht mehr einschränken sollte. Diese Proklamation war ein Beweis dafür, dass Rot-Grün nun die erste Etappe der Normalisierung für abgeschlossen hielt. Dass die Regierungskoalition kurz danach einen offenen kritischen Standpunkt gegenüber den Irakkriegsplänen der USA einnahm und gemeinsam mit Paris, Moskau und Peking eine Achse aufbaute, bewies wiederum, dass sie bereit war, auch den Grundsatz des transatlantischen Multilateralismus neu zu interpretieren.

Damit kam es zwei Mal im Laufe weniger Jahre zu einer Revision zweier grundlegender Axiome des traditionellen Sicherheitsverständnisses. Paradoxerweise erfolgte der zweite Tabubruch im Widerspruch zum ersten. Dies betraf insbesondere die Erklärung, mit der eine deutsche Beteiligung an Einsätzen gegen den Irak sogar unter UN-Mandat abgeschlossen wurde. Diese zeugte von der Bereitschaft des Kanzlers, zur vorherigen Praxis der „Zurückhaltung“ zurückzukehren, um nunmehr die eigene Absenz bei künftigen Operationen unter der Ägide der USA zu begründen.

Seit der Irakkrise scheinen die Deutschen nur noch dann zur Teilnahme an militärischen Interventionen bereit zu sein, wenn sich diese mit humanitären Kriterien (Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen ethnischer Gruppen) legitimieren lassen. Gleiches gilt für Wiederaufbau- bzw. Stabilisierungsmissionen (*International Security Assistance Force* – ISAF) oder wenn das Engagement der Bundeswehr nicht den Charakter eines Kampfeinsatzes hat (*Enduring Freedom*). Die wichtigste Schlussfolgerung lautet, dass das Motiv der Bündnissolidarität in der deutschen Sicherheitspolitik eine deutlich schwächere Rolle spielt. Unter diesen Bedingungen wird es der Bundesregierung angesichts der kritischen Stimmungen in der deutschen öffentlichen Meinung nicht leicht fallen, weitere US-Interventionen zu unterstützen. Die Bündnissolidarität wird eher selektiv behandelt, also anders, als das bislang in Polen der Fall ist, wo dieses Thema eine tragende Rolle spielte und die politischen Entscheidungen geradezu steuerte.

So wie für Deutschland die Frage der Ausweitung einer militärischen Beteiligung an den Militäroperationen zur Lösung internationaler Krisen in den Kategorien der Wahrnehmung einer gewachsenen deutschen Verant-

wortung für internationale Angelegenheiten behandelt wurde und eher eine Frage seines Prestiges in der internationalen Politik bildeten, so waren für Polens Beteiligung an Auslandseinsätzen seine spezifischen Sicherheitsinteressen bestimmend. Nach dem NATO-Beitritt wuchs in den polnischen Eliten das Bewusstsein, dass angesichts der internationalen Herausforderungen eine reine Mitgliedschaft im Bündnis nicht ausreichen würde, um den Beschlüssen des Washingtoner Vertrags ihre politische Gültigkeit zu sichern und den Grundsatz des Beistands aufrecht zu erhalten. Polen hatte bislang Sicherheit nur importiert und die Funktion der kollektiven Verteidigung prioritär behandelt. Nun wuchs sein Verständnis für die Notwendigkeit, mit der Idee des Sicherheitsexports eine neue Formel zu finden, um die weitere Existenz der NATO zu begründen. Der Einsatz im Irak hat zu dieser Umorientierung in der polnischen Sicherheitskultur am meisten beigetragen. Diese Entwicklung kann man als Triumph des Grundsatzes der Unteilbarkeit der Sicherheit bezeichnen – Bündnissolidarität umfasst nunmehr nicht nur Bündnisverteidigung, sondern jegliche Bündnismissionen außerhalb des Paktterritoriums. Der abweichende Umgang mit der Gewalt ergibt sich aus fundamentalen Unterschieden. Genau an diesem Punkt könnte sich in der Zukunft ein deutsch-polnisches Konfliktpotenzial bemerkbar machen.

Die ziemlich aufgeschlossene Haltung der Mehrheit der Parteien und Regierungen Polens für die Anwendung von Gewalt ist in Deutschland schwer zu verstehen. Man interpretiert diese zu eindimensional als Ergebnis einer neuen Bündnisloyalität oder führt sie allein auf den polnischen Willen zurück, die Bindungen mit den USA zu erhalten oder zu verstärken. Eine andere Interpretation sieht diese Politik als Ausdruck einer statusorientierten Außenpolitik eines Staates, der die Rolle eines regionalen *leaders* für sich beansprucht. Die strategischen und historisch-kulturell determinierten sicherheitspolitischen Aspekte werden dabei völlig außer Acht gelassen.

Wenn in Polen ein Teil der öffentlichen Meinung das deutsche Verhalten in der Irakkrise kritisierte, dann geschah das weniger wegen des ausbleibenden militärischen Engagements, als vielmehr wegen der Dilemmata im Zusammenhang mit belastenden historischen Erfahrungen. Zweifel weckte bei den polnischen Kommentatoren insbesondere die ambivalente Haltung der Regierung Schröder, die am zweiten Axiom der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik rüttelte, nämlich an der Westbindung. Die polnischen Beobachter schätzten die deutsche militärische Zurückhaltung oftmals nicht richtig ein, indem sie diese Haltung als pazifistisch abstempelten. Diese für die politische Kultur der Bonner Republik so charakteristische Skepsis gegenüber den Kampfeinsätzen ist besser als Reflex auf die historische Verantwortung für die NS-Vergangenheit zu verstehen.

Das Eliminieren eines so hochexplosiven Faktors aus den künftigen bilateralen Beziehungen ist abhängig vom gegenseitigen Verständnis für die

Haltung des jeweils anderen, ihrer historischen Hintergründe und Verankerung in der jeweiligen sicherheitspolitischen Kultur. Ein besonders wichtiges Kriterium für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Militäreinsätzen ist die Wahrung der Kohärenz zwischen den Erfordernissen der Legalität und der Legitimität einer Intervention. Als Quelle dieses zweiten Wertes behalten für Deutschland die humanitären Rücksichten ihre Bedeutung oder auch – so ist zu hoffen – die Bündnissolidarität, wobei diese beiden Motive auch für Polen eine dauerhafte Bedeutung haben. Ein für die Bundesrepublik sehr wichtiges Kriterium wird immer sein, in wie weit die beabsichtigte Mission sich unter der Wahrung des Völkerrechts rechtfertigen lässt. Falls diese Grundsätze die Grundlage des polnischen und deutschen Verhaltens zur Anwendung militärischer Gewalt in künftigen internationalen Krisen bilden sollten, ist zu erwarten, dass sich die Wege beider Partner nicht trennen werden. Dann wird sich das Problem der Militäreinsätze nicht mehr – wie in der Irakkrise – destruktiv auf die gegenseitigen Beziehungen auswirken.

Untrennbar mit dem Problem der Gewaltanwendung sind die Mitgliedschaft Deutschlands und Polens in Sicherheitsinstitutionen sowie ähnliche Auffassungen von deren Identität verbunden. Erstens hat die sich wandelnde Haltung beider zur militärischen Gewalt auch ein mehr oder weniger evolutionäres Verständnis der künftigen Rolle der NATO zur Folge. Zweitens scheinen – nach der Bildung neuer Regierungskoalitionen in beiden Ländern – der europäische Integrationsprozess und die sich allmählich herausbildende Sicherheitspolitik der EU sowie die gemeinsame Beteiligung im EU-Rahmen am internationalen Krisenmanagement zur weiteren Annäherung der Sicherheitsinteressen Polens und Deutschlands zu führen.

Die transatlantischen Beziehungen

Die zweite wichtige Lektion aus der Irakkrise besteht in der Erkenntnis, dass die deutsch-polnischen sicherheitspolitischen Differenzen von der Qualität der transatlantischen Beziehungen abhängig sind. Dies gilt auch für die Positionierung der neuen Bundesregierung nach dem Regierungswechsel. Diese These beruht auf der Prämisse, dass die Bundesrepublik Deutschland aus vielen Gründen ein Schlusstein des transatlantischen Verbundes bleiben könnte. Dafür spricht deren zentrale Stellung sowohl im europäischen als auch im transatlantischen System. Ein Verzicht auf diese Rolle könnte den Zusammenbruch der EU und der westlichen Allianz zur Folge haben. Ohne Engagement der Deutschen kann von engen und stabilen Bindungen Europas und Nordamerikas keine Rede sein. Kurzum: Die Rolle des architektonischen Schlussteines dient den primären Nationalinteressen Deutschlands und ist eine *Conditio sine qua non* erfolgreicher Außenpolitik.

Im genuinen Interesse Deutschlands liegen also der Wiederaufbau der Beziehungen mit den USA und deren Einbindung in die multilaterale Zusammenarbeit. Die entsprechende Risikomasse kann als schwer reduzierbar gelten: die Abmilderung des amerikanischen Unilateralismus, die Verhinderung neuer „*coalitions of the willing*“ und eventueller Neoisolationismustendenzen. Die einzige mögliche Einbindungsschiene der USA bleibt die NATO. Dieser Umstand bedingt das Interesse der Bundesrepublik am weiteren Bestehen der Nordatlantischen Allianz, wenngleich das deutsche Verhalten in der Irakkrise durchaus andere Interpretationen zulässt. Deutschland war bereit, mit der NATO das einzige Fundament der Sicherheit seiner östlichen Nachbarn als innereuropäischer Stabilisator zu schwächen, indem es die Rolle der Amerikaner in Europa beanstandete. Dies erfolgte, als die Berliner Regierung „durch die Achsenbildung mit Paris und Moskau im Vorfeld des Irak-Krieges ihre Rolle als europäisches Brückenlager der transatlantischen Beziehungen wie auch als transatlantisches Korrektiv überbordender französischer Großmachtambitionen unterminierte“.³

Genau in diesem Bereich wären gemeinsame deutsch-polnische Vorteile zu verorten. Im gegenseitigen Kalkül sollte eine derartige künftige Ausgestaltung der NATO liegen, die diese für Amerikaner und Europäer unverzichtbar machen würde; oder konkreter: deren Rekonstruktion als Hauptforum des transatlantischen Dialogs. Allerdings nennen beide Partner hierfür unterschiedliche Motive.

Die Bundesrepublik Deutschland benötigt die Partnerschaft mit den USA aus globalen Gründen⁴ – im Hinblick auf weltwirtschaftliche Interdependenzen, ordnungspolitische Pläne für den Nahen und Mittleren Osten, die Bekämpfung des Terrorismus, die Proliferation der Massenvernichtungswaffen, die weltweit organisierte Kriminalität – also auf jene Aspekte, die man unter den Begriff der so genannten erweiterten Sicherheit subsumieren kann. Der neue Transatlantismus und die neue Rolle der NATO sollten in der Koordinierung der Zusammenarbeit von USA und EU u.a. bei der Bekämpfung dieser Bedrohungen bestehen. Die Bundesrepublik beansprucht, bei der Erarbeitung der entsprechenden Kooperationsregeln die Schlüsselrolle eines Koordinators zu spielen.⁵ Dies sollte übrigens den globalen Gestaltungs-

³ Hellmann, Gunther: Konsolidierung statt machtpolitischer Resozialisierung: Kernelemente einer neuen deutschen Außenpolitik, in: Böckenförde, Stefan (Hrsg.) 2005: *Wohin steuert die deutsche Außenpolitik?* Dresden, TUDpress Verlag der Wissenschaften.

⁴ Lübckemeier, Eckardt (2003): Abenteuer Europa. Aus der EU kann und sollte weltpolitischer Akteur werden, in: *Internationale Politik*, Nr. 12, S. 49.

⁵ „Die Rekonstruktion des Westens“ – Interview mit Joseph Fischer zu Europa, Amerika und den gemeinsamen strategischen Aufgaben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. März 2004.

anspruch Deutschlands legitimieren. Ob Kanzler Schröder die NATO als einen vorrangigen institutionellen Angel- und Drehpunkt der deutschen *Grand Strategy* für die Etablierung einer neuen Dialogmethode sah, ist jedoch zweifelhaft. Die rekonstruierte NATO sollte zwar ihre Bedeutung als Schutzpatron der demokratischen Welt und der freien Marktwirtschaft aufrecht erhalten, aber nur als ein Subsystem innerhalb einer neuen globalen Ordnung. Dazu hätte eine neue UNO aufgebaut werden müssen, die übrigens seit kurzem als Domäne für deutsche Ambitionen gilt. Für Schwarz-Rot scheint die NATO dagegen ein Fundament der deutschen Außenpolitik zu bleiben, gerade wegen der USA und nicht zuletzt auch wegen der zunehmenden internationalen Emanzipierung der Bundesrepublik.

Polens Motive sind nur partiell mit den deutschen identisch und nur insofern, als es mit dem EU-Beitritt als Mitglied einer Gemeinschaft seinen Sicherheitshorizont erweitert hat. Insgesamt braucht es die transatlantische Kohärenz nicht nur wegen der Herausforderungen, die mit der erweiterten Sicherheit zusammenhängen, sondern vor allem aus den oben genannten kulturstrategischen Gründen. Die Akzeptanz Polens für eine neue Variante transatlantischer Partnerschaft ist also ein Derivat des geopolitisch motivierten Westbindungsprinzips. Diese Akzeptanz würde sofort verschwinden, wenn sich herausstellt, dass das Konzept eines selbständigen europäischen Pfeilers auf die Zurückdrängung der US-Einflüsse aus Europa ausgerichtet wäre und die Unterwanderung der klassischen Verteidigungsfunktionen der NATO zur Folge hätte. Kurzum: die Beteiligung Polens an einer Rekonstruktion der NATO ist auf andere Motive als im deutschen Fall zurückzuführen. Polen braucht die transatlantische Verbundenheit und gute amerikanisch-deutsche Beziehungen als Grundlage für eine effektiv und harmonisch wirkende transatlantische Gemeinschaft. Eine konziliatorische Grundausrichtung deutscher Außenpolitik wäre aus polnischer Sicht optimal, denn sie wäre auf beide wichtigsten Kooperationsnetzwerke (d.h. EU und NATO) und deren Stabilisierung orientiert. Deswegen ist Polen daran interessiert, dass die deutsche Außenpolitik auch auf die französischen Positionen im transatlantischen Diskurs mäßigend einwirkt.

Allerdings war auf dem Weg zur Rekonstruktion des Westens noch bis vor kurzem ein Engpass zu registrieren. Dieser entstand durch die Gleichgültigkeit Kanzler Schröders gegenüber der Idee des Wiederaufbaus der NATO als Grundlage des transatlantischen Dialogs. Die Krise kam im ausbleibenden Konsens auf dem NATO-Gipfel in Istanbul hinsichtlich des künftigen Engagements der NATO im Irak zum Ausdruck. Dies stand im Kontrast mit dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan – nicht nur im Rahmen der ISAF, sondern auch von *Enduring Freedom*. Sicher bestand die Gefahr, durch ein deutsches Engagement im Irak für die US-Politik im Irak mit verantwortlich gemacht zu werden. Das negative Modell der US-Militärpolitik sollte

nicht sanktioniert werden, aber auch innenpolitische Kalküle spielten eine Rolle. Beide Motive gewannen die Oberhand, und aus einer taktischen Zauderei wurde so eine intendierte Ambivalenz einer „normalisierten“ europäischen (Groß?)-Macht, die dann durch Geometrieübungen nach Anerkennung ihres neuen Status suchte und damit den transatlantischen Multilateralismus blockierte.

Die Beteiligung an der europäischen Sicherheitspolitik

Die Rekonstruktion des Westens führt zur dritten Frage: Welches sind die Möglichkeiten des deutsch-polnischen Zusammenwirkens im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik (mit den Stichworten Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – GASP – bzw. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – ESVP)?

Es scheint, dass die Irakkrise und der Verfassungskstreit wichtige Konsequenzen für Deutschlands Haltung gegenüber der europäischen Sicherheitspolitik gebracht haben. Das Konzept einer exklusiven ESVP wurde damit geschwächt. Die Postulate des Minigipfels in Brüssel (April 2003) bezüglich einer autonomen europäischen Sicherheitspolitik sowie die entsprechenden Passagen im Verfassungsprojekt waren für Polen ungünstig. Denn sie beinhalteten ein Szenario für *Europe puissance*. Die Gründung exklusiver sicherheitspolitischer Mechanismen in der EU würde die Kompetenzen der NATO langfristig unterminieren. Die polnische Diplomatie beobachtete die Versuche, den zweiten Pfeiler der EU zu stärken, mit großer Skepsis. Denn man ging davon aus, dass sich die westeuropäischen Staaten mit dem Aufbau der ESVP von den transatlantischen Strukturen distanzieren würden, was zu einer Abwertung der NATO führen würde.⁶ Doch änderten sich die Meinungen.

Durch den EU-Beitritt eröffneten sich für Polen neue Möglichkeiten, wenngleich die Regel nach wie vor gilt, dass die ESVP die NATO nicht duplizieren darf. Im polnischen vitalen Interesse liegt die Aufrechterhaltung harmonischer euroatlantischer Beziehungen und nicht das Lavieren zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Die aktive Unterstützung der ESVP ist also alternativlos. Nur eine erfolgreiche ESVP kann garantieren, dass die europäischen Mächte der Versuchung widerstehen werden, ihre Außenpolitiken zu renationalisieren.⁷

⁶ Vgl. Miszczak, Krzysztof (2005): Germany, Poland and European Security, in: The Polish Quarterly of International Affairs, Nr. 1, S. 100f.

⁷ Miszczak, Krzysztof (2003): Polens Beitrag und Verantwortung für Europa/ Poland's Contribution and Responsibilities for Europe, in: Eurojournal, Nr. 1, S. 9-13.

Das europäische vom transatlantischen Sicherheitssystem zu trennen, gehört nicht zur Verhandlungsmasse Polens. Warschau bekannte sich zur Stärkung der europäischen Komponente vorrangig im Rahmen der NATO. Aber es unterstützte auch die Entwicklung der sicherheitspolitischen Fähigkeiten im Rahmen der EU. Deswegen meldete es seinen Beitritt zur Initiative von „Battle Groups“ und warb erfolgreich um Berlins Zustimmung für die Gründung einer solchen Gruppe mit deutscher und polnischer Beteiligung. Allerdings ist im deutsch-polnischen Verhältnis noch einiges zu klären. Das Konzept der GASP/ESVP genießt als Bindeglied zwischen europäischer Integration und transatlantischer Sicherheitskooperation in der NATO gegenwärtig die oberste Priorität der deutschen Sicherheitspolitik. Aus polnischer Sicht scheint dabei eine Frage besonders frappierend zu sein: Wie könnte man einen *modus vivendi* zwischen beiden Institutionen herbeiführen, damit die Stärkung der ESVP mit dem Fortbestehen der NATO nicht kollidierte? Der Koalitionsvertrag setzte positive Zeichen. Zwar deklariert die schwarz-rote Regierung die Fortentwicklung der ESVP zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion, soll dabei aber auf eine „enge und reibungslose Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen NATO und EU“ achten.⁸ Polen hat für den militärischen Export der Stabilität im europäischen Rahmen viel Verständnis. Es würde daher einer europäischen „Sicherheitsunion“ zustimmen, wohl aber nicht der Gründung einer europäischen „Verteidigungsunion“, da durch die letztere die klassischen Verteidigungsfunktionen der NATO ausgehöhlt würden. Polen könnte das deutsche Projekt, die europäische Sicherheitspolitik als einen Schlussstein zwischen dem Prozess der europäischen Integration und dem transatlantischen System zu organisieren, mittragen, vorausgesetzt, dass dieses eine plausible Alternative zum französischen Konzept eines autonomen Europa als einem Gegengewicht zu Amerika darstellt.

Durch aktive Beteiligung an der ESVP würden noch andere wichtige „europäische“ Vorteile anvisiert, die für die gegenwärtige polnische rechtsorientierte Regierung besonders relevant sein könnten. Dadurch lässt sich nämlich international ein authentisches Bekenntnis zur europäischen Integration manifestieren. Darüber hinaus kann die EU-Mitgliedschaft eine kompensatorische Wirkung für Polen entwickeln, also seinen bisher minderen politischen Status in Europa aufwerten. Derartige – durchaus pragmatische – Vorteile entsprechen sicherlich den außenpolitischen Vorstellungen der bislang eher europaskeptischen Regierungspartei um so mehr, als sie innenpolitisch eine legitimatorische Anziehungskraft zu generieren imstande sind. *Summa summarum* lässt sich mittlerweile ein vorsichtig optimistisches

⁸ Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 11.11.2005.

Fazit ziehen: Die Interessen beider Partner und ihrer neuen Regierungen innerhalb der europäischen Sicherheitspolitik müssen vielleicht gar nicht so divergierend sein, wie es noch bis vor kurzem schien.

Für die Stärkung der positiven Tendenzen ist aus polnischer Sicht wichtig, dass Berlin sich für eine Fortentwicklung der ESVP einsetzt, deren Nutznießer nicht nur ein enger Kreis der „alten“ EU-Mitglieder sein wird. Im Einklang mit traditionellen inklusiven Einstellungen könnte sich die Regierung Merkel darum bemühen, auch neue proatlantische EU-Mitglieder in eine engere Kooperation einzubeziehen und in einer strategischen Konzeption der EU auch die Sicherheitsinteressen Zentraleuropas zu berücksichtigen.

Eine engere trilaterale Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich sollte für die polnische Außenpolitik zentrale Bedeutung haben, wengleich der Aufbau partnerschaftlicher Strukturen bisher keine größeren Chancen hatte. Deutschlands Beitrag zur konkreten Stärkung der EU in einem gutnachbarschaftlichen Sinne würde darin liegen, die bereits 1991 etablierte diplomatische Figur zu erneuern – das Weimarer Dreieck. Mit dessen Ausbau bietet sich nämlich eine vielleicht einmalige Kooperationsstruktur, die erstens die beiden größten Nachbarn Deutschlands umfasst und zweitens durch diese zwei grundsätzlich gegeneinander wirkenden Strömungen innerhalb der EU, nämlich die europäische Großmacht-Position Frankreichs und jene eher pro-atlantische Position Polens, ausbalanciert. Die Bewältigung der Spannungen, die sich aus dieser Konstellation ergeben, gehört zu den primären Aufgaben Deutschlands. Dies hätte mindestens einen Vorteil für Deutschland – mit seinem Engagement für trilaterale Projekte würde Deutschland einen Beitrag zur Stabilisierung sowohl des europäischen als auch des transatlantischen Systems leisten. Eine gelungene Vermittlung im Rahmen des Weimarer Dreiecks würde die Rückkehr zu einer traditionellen Politik des Ausgleichs der transatlantischen und europäischen Orientierung ermöglichen.

Fazit

Wird Schwarz-Rot die polnischen Aspirationen akzeptieren? Im deutschen Interesse liegt die Förderung der europäischen Komponenten in der Außenpolitik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten. Es wäre für die Bundesrepublik Deutschland sicher problematisch, wenn sich die proatlantischen Attitüden und gleichzeitig eventuelle Vernachlässigungstendenzen gegenüber der GASP/ESVP in Polens Außenpolitik vertiefen würden und sich eine dauerhafte ostmitteleuropäische Kooperationsstruktur mit proatlantischer Orientierung herausbilden würde. Im ostpolitischen Bereich könnte ein engeres Zusammenwirken mit Polen für die Regierung Merkel

sowohl neue Risiken als auch Chancen bedeuten. Erstens sind eventuelle Vorteile zu nennen, die sich ergeben könnten, wenn die gemeinsamen Projekte (aber doch auf der europäischen Schiene) mit den polnischen selbstständigen, aber gleichzeitig kompetenten Visionen und Plänen integriert würden. Dies könnte neue Handlungsspielräume für die deutsche und die EU-Ostpolitik, etwa durch das Ausloten neuer Optionen gegenüber Putins Russland, eröffnen. Zweitens, und das ist die andere Seite der Medaille, können dadurch Herausforderungen entstehen, falls sich Schwarz-Rot entscheidet, die bisherige egoistische und einseitig auf Moskau konzentrierte ostpolitische Linie von Rot-Grün zu korrigieren.

Die Unterstützung Deutschlands für Polens Eingliederung in die außen- und sicherheitspolitische Kooperation im EU-Rahmen ist mehr als ein Prüfstein der partnerschaftlichen Intentionen. Denn – wie oben beschrieben – diese Unterstützung könnte ein Test für die Erneuerung der Tradition der alten Bundesrepublik werden, ein Test für die Sanierung der Regel, dass ein Konsens der großen EU-Staaten erst am Ende des politischen Prozesses, nach Konsultierung der kleineren Partner feststeht. Die europäische Einbindung Polens – des Exponenten der pro-atlantischen Linie in der EU – könnte indirekt darauf hinweisen, ob die Regierung Merkel zur „Sowohl-als-auch“-Politik zurückzukehren bereit ist. Dies wäre auch ein Indiz, wie sich Schwarz-Rot die Rekonstruktion des Westens und damit die künftige deutsche Westbindung vorstellt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Deutschland und Polen eines erneuerten strategischen Kontexts für ihre partnerschaftlichen Beziehungen bedürfen. Dass dies insbesondere jetzt im Hinblick auf die Schlüsseletappe der europäischen Integration, d.h. nach der Erweiterung der EU und deren Verfassungskrise, wie auch angesichts der noch ausstehenden Konsolidierung der transatlantischen Gemeinschaft dringend ist, sollte für alle Interessierten klar sein. Als konstruktive Bedingungen sind z.B. zu nennen: Vertiefung der trilateralen Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck, gemeinsame ostpolitische Initiativen der EU, zukünftige gemeinsame Einsätze im Rahmen der NATO Response Force (NRF) oder „Battle Groups“.

Die Bundesrepublik Deutschland spielt in diesen Sicherheitsprozessen eine Schlüsselrolle. Ohne sie sind die „Reparatur“ der transatlantischen Verhältnisse und eine ausgewogene Kooperation zwischen NATO und ESVP nicht möglich. Falls die schwarz-rote Koalition für Deutschland die Rolle des Schlusssteines in der euro-atlantischen Brücke wieder übernimmt, wird dies die deutsch-polnischen Beziehungen sicher positiv beeinflussen. Diese Rolle bestünde u.a. darin, zu versuchen, die programmatischen Interessengegensätze der Partner abzumildern. Dabei bleibt letztendlich kritisch zu hinterfragen, ob das deutsche politische Establishment sich dieser europäischen und transatlantischen Interdependenzen und der Tatsache bewusst

ist, dass der Verzicht auf diese Rolle unberechenbare Konsequenzen für Europa und das westliche Bündnis haben könnte. Einen Grund für Optimismus gibt es sicher. Denn es liegt keiner deutschen Regierung daran, deutsche Sicherheitsinteressen in einem labilen internationalen System, und mitnichten in einer inkohärenten EU und einer geschwächten NATO zu verfolgen.



Europa: Cesare Ripia, Iconologia (1644)